

Arbeitshinweise

1. Lies den Text **M1** und markiere die wichtigsten Textstellen.
2. Sammle weitere **Beispiele** für **Merkmale**, die zu **Diskriminierung** von Menschen (auch Kindern) führen können.
3. Arbeitet zu zweit: **Tausche dich** mit einem Partner **aus** und **ergänze** deine Liste aus Aufgabe 2.
4. **Diskutiert** darüber, **welche Rechte** aus der UN-Kinderrechtskonvention in **Deutschland** besonders von **Bedeutung** sein könnten und ob sie ins **Grundgesetz aufgenommen** werden sollten. **Nutzt auch die** Ergebnisse von Aufgabe 2 und 3. Notiert eine **Begründung**.
5. Für die Schnellen: **Formuliert** zu Aufgabe 4 einen eigenen Vorschlag für einen **Gesetzestext** aus.
Oder: Verfasst ein **Streitgespräch** (in Dialogform) zwischen einem/einer fiktiven Befürworter*in und einem/einer Gegner*in des Vorschlags, Kinderrechte ins Grundgesetz aufzunehmen.

M1 – Menschenrechte als kontinuierlicher Prozess

Es muss uns allerdings klar sein: Menschenrechtskataloge sind niemals abgeschlossen und vollständig, sondern müssen stetig angepasst werden. So wurde beispielsweise die Behindertenrechtskonvention (=Abkommen, Vertrag) zur Sicherung der Rechte von Menschen mit Behinderung erst am 13. Dezember 2006 von den **UN*** verabschiedet. In Deutschland trat sie am 26. März 2009 in Kraft. Auch über Art. 3 GG wird noch gestritten. Hier geht es um die Verwendung des Begriffs „Rasse“¹ oder auch hier nicht aufgeführte **Diskriminierungsgründe***, z.B. das Alter oder die sexuelle Orientierung.

Die **Vereinten Nationen** (VN) oder englisch **United Nations (*UN)** sind ein Zusammenschluss von 193 Staaten und bilden eine globale Organisation, die als primäre Ziele und Aufgaben die Sicherung des Weltfriedens, den Schutz der Menschenrechte und die Unterstützung im wirtschaftlichen, sozialen, humanitären und ökologischen Gebiet hat.

Kritisiert wird zudem von einigen Parteien, dass im Jahr 2020 immer noch keine Kinderrechte ins Grundgesetz aufgenommen wurden.² Andere halten solche besonderen Rechte für Kinder überflüssig und begründen dies damit, dass Kinder auch Menschen sind und somit die Menschenrechte ohnehin auch für sie gelten.

***Diskriminierung**
(die): ausgrenzende Handlungen oder Äußerungen gegenüber bestimmten Personen oder Gruppen.

¹ Im Wortlaut: „(3) Niemand darf wegen [...] seiner Rasse, [...] benachteiligt oder bevorzugt werden. [...]“ Der Begriff „Rasse“ ist umstritten, da es nachweislich keine menschlichen Rassen gibt. Der Begriff wurde aus der Tierwelt übernommen und folgt einem rassistischen Menschenbild. Das Land Brandenburg hat beispielweise den Begriff 2013 aus seiner Verfassung gestrichen und ihn durch die Formulierung „aus rassistischen Gründen“ ersetzt.

² Stand: April 2020: Der Koalitionsvertrag (=Vertrag der in Deutschland regierenden Parteien) von 2019 beinhaltet bereits diese Absicht. Allerdings wird für eine Änderung des Grundgesetzes eine 2/3-Mehrheit im Bundestag benötigt, sodass die Durchsetzung derzeit nicht gesichert ist.

Die Kinderrechte wurden in der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen in 54 Artikeln (=Abschnitten) formuliert und 1989 verabschiedet(=beschlossen). Die Konvention sieht folgende Rechte vor:

„**Schutzrechte:** Kinder und Jugendliche sind in vielerlei Hinsicht schutzbedürftig. Die Schutzrechte sollen einen umfangreichen Schutz vor körperlicher und seelischer Gewalt, sexuellen Übergriffen, Verwahrlosung, Kinderhandel und wirtschaftlicher Ausbeutung gewährleisten. Sie gelten – wie alle Kinderrechte – ausdrücklich auch für Flüchtlingskinder.

Förderungsrechte: Zu den sogenannten Förderungsrechten zählen die Gewährleistung der Grundbedürfnisse und besonderer Bedürfnisse von Kindern im Hinblick auf Gesundheit, Ernährung, Bildung, angemessene Lebensbedingungen sowie auf eine persönliche Identität und auf den Status als Bürgerin oder Bürger eines Landes.“³

Besonders interessant ist hierbei, dass der Katalog neben Schutz- und Förderungsrechten auch Beteiligungsrechte vorsieht:

„Die sogenannten Beteiligungsrechte schreiben vor, dass Kinder und Jugendliche ein Recht haben, ihre Meinung zu äußern, gehört zu werden und ihrem Alter und Entwicklungsstand entsprechend an Entscheidungen beteiligt zu werden, die ihre Person betreffen. Des Weiteren muss der Staat Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit geben, Zugang zu kind- und jugendgerechten Informationen und Medien zu erhalten. [...]

Kinder und Jugendliche [...] dürfen ihre Anliegen und Beschwerden äußern. Bei staatlichen Entscheidungen, die das Kind oder den Jugendlichen betreffen, sind sie zu beteiligen; ihre Meinung muss dem Alter und der Reife entsprechend berücksichtigt werden.“⁴

Auch wenn es uns in Deutschland im Vergleich zu vielen Ländern sehr gut geht und wir ein hohes Maß an Rechten und Schutz genießen, bedarf es auch hier einer ständigen kritischen Prüfung und Auseinandersetzung, ob die Rechte gerecht und zeitgemäß sind.

³ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: VN-Kinderrechtskonvention: 05.07.2018, unter: www.bmfsfj.de (zuletzt: 13.4.2020).

⁴ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: VN-Kinderrechtskonvention, 05.07.2018, unter: www.bmfsfj.de (zuletzt: 13.4.2020).

3